



# Was ist noch zu tun?

Von Kai Christ, Landesvorsitzender der GdP Thüringen

Alle Welt, naja, sagen wir mal die Thüringer Welt, redet zurzeit von Halbzeitbilanz. Was für eine Halbzeitbilanz? – fragt sich vielleicht mancher. Die Thüringer Landesregierung, die rot-rot-grüne Koalition in Thüringen, hat tatsächlich schon die Hälfte ihrer aktuellen Amtszeit gemeinsam bewältigt. Damit hat womöglich nicht jeder gerechnet. Tatsachen täuschen aber nicht! Und bevor mich jemand fragt, ob sich die GdP Thüringen dem Mainstream einer Halbzeitbilanz entziehen möchte, sag ich Euch/Ihnen: „Jupp, das will ich zumindest in meinen Zeilen tun.“

Ich möchte vielmehr den beiden Mannschaftsvorständen die Spieler aus unseren Reihen auflaufen lassen, für die zweite Spielhälfte etwas in ihre Spielpläne schreiben. Natürlich ist der Bezug zum Fußball längst jedem aufgefallen und es wird Menschen geben, die sich denken, jaja, die besten Bundestrainer sitzen auf heimischen Couchlandschaften oder an unzähligen Stammtischen im Land. Also wieso sollte ausgerechnet in der Landesregierung jemand etwas auf das Geschreibe eines GdP-Landesvorsitzenden geben?

Da bin ich ganz schlicht: weil es die Worte eines Gewerkschaftsvorsitzenden sind, und die Meinungen von Gewerkschaften haben doch noch ein gewisses Gewicht in der Thüringer Landespolitik, hoffe ich wenigstens! Was gibt's also von mir für die zweite Halbzeit anzumerken? Zuerst ist festzustellen, dass ich natürlich in der Mannschaftsaufstellung nicht mitreden darf und möchte, das ist den Cheftrainern vorbehalten. Der Spielplan ist es, zu dem ich eine Handvoll Hinweise geben möchte.

Zuerst für die Mannschaft der Thüringer Polizei. Die Entwicklung auf den Abwehrpositionen ist gut und hat einiges vorzuweisen, wenn auch an einigen Stellschrauben noch etwas weitergedreht werden muss. Die neuen Helme, Überziehwesten, schnitthemmenden Handschuhe und Taschenlampen lassen die Abwehr

innerhalb der Polizei ganz gut dastehen.

Im Bereich des Mittelfeldes, wo die Bereitschaftspolizei aufgestellt ist, muss noch einiges mehr hinzukommen, um auch einer gewaltbereiten gegnerischen Offensivabteilung angemessen begegnen zu können. Dazu bin ich mit dem Thüringer Innenminister im Gespräch.

Auch im Bereich der Offensive der Thüringer Polizei bewegt sich aktuell etwas. Der Pilot „Bodycam“ läuft und wird hoffentlich zu einer Dauerbesetzung in unserer Mannschaft. In der anderen Mannschaft, in der wir mit Spielern vertreten sind, geht es weniger um Ausrüstung, wobei qualitativ bessere und zeitgleich günstigere Winterjacken im Justizvollzug wünschenswert wären. Aber auch hier sind wir in Gesprächen mit dem TMMJV, sowohl auf Leitungs- als auch auf Arbeitsebene.

Unbedingt nachgebessert werden muss im Bereich Motivation aller Spieler. Hier investieren die Mannschaftsleitungen (Ministerien) inklusive der Verbandsleitung (Landesregierung) einfach nichts. Beispiele gefällig? Die Beförderungsquote in der Thüringer Polizei ist um die Hälfte gesunken. Fünf statt zehn Prozent der Beamten im Polizeivollzugs- und -verwaltungsdienst können befördert werden. Damit bleiben 95 statt 90 Prozent enttäuschte, unzufriedene und unmotivierte Kolleginnen und Kollegen zurück. Im Bereich des Justizvollzuges sieht es noch dramatischer aus, dort sind Pensionierungen in der A 7 an der Tagesordnung, das heißt 40 Arbeitsjahre ohne eine einzige Beförderung. Wie schlecht muss man eigentlich arbeiten, damit so etwas passiert?

Eine andere Gruppe von Spielern im Freistaat scheint qua ihrer Existenz von Entwicklung ausgeschlossen. Tarifbeschäftigte dürfen auf so etwas wie einen Aufstieg nicht einmal hoffen, denn den gibt es faktisch nicht. Das ist in einer mittleren Entgeltgruppe auch nicht motivierend, aber irgendwie zu ertragen. Ein Arbeitsle-

ben lang in der Entgeltgruppe 3 überleben zu müssen, ist aber nichts anderes als in einem prekären Arbeitsverhältnis existieren zu müssen. Natürlich kann man sich in den Mannschaftsleitungen jeder Zeit bequem auf den TV-L zurückziehen und feststellen, die Tätigkeiten, die von den Kollegen/-innen ausgeübt werden, sind dort eben als E 3 beschrieben und fertig. Eine Landesregierung aber, die schon in ihrer Namensgebung vor sozialem Engagement strotzt, muss doch dann auch darauf achten, wie es den Menschen geht, für die sie der Arbeitgeber ist!

Die Übernahme von Tarifergebnissen für die Beamten ist ein weiteres Beispiel. Dass die Schatzmeisterin der Verbandsleitung nicht bereit ist, das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten in den verschiedenen Mannschaften zu übernehmen, ist ja lang geübte Praxis aus anderen Zeiten. Schade, dass bei einer vermeintlich gewerkschaftsnahen Partei wie der SPD, nachdem das Joch, die Kleinere zu sein, abgelegt werden konnte, kein Umdenken eingesetzt hat. Autsch, Halt, Stopp! – in der jetzigen Koalition gibt es ja wieder eine Größere. Die hat allerdings in Oppositionszeiten die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme für die Beamten immer gefordert. Also an der Linken kann es somit nicht liegen. Oder?

Da bliebe noch, die Gedanken und den Blick in die kommende Spielzeit zu richten. Die Forderungen der GdP sind für den Rest der aktuellen Spielzeit damit deutlich geworden. Die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme von Tarifergebnissen auf die Beamten sollte bei Erscheinen dieses Kommentars abgeschlossen sein. Das Thema Regelbeförderung muss jetzt diskutiert werden. Die Zuweisung bestimmter Entgeltgruppen zu bestimmten Tätigkeiten muss überprüft und geändert werden. Der Freistaat entlässt Teile seiner Arbeitnehmer in die Altersarmut, das muss aufhören. Jetzt!

**Bis zum nächsten Monat  
Euer Kai**



# Einsatzbetreuung in Themar

**Zum bundesweit wohl größten Neonazi-Konzert des Jahres im südthüringischen Themar reisten am Samstag, 15. Juli 2017, neben den knapp 6.000 Veranstaltungsteilnehmern natürlich auch unsere geschlossenen Polizeieinheiten an. Kaum war eine Woche nach dem schlafraubenden und kräftezerrenden Einsatz in der Hansestadt Hamburg vorbei und die Geschehnisse noch nicht einmal verarbeitet, musste der nächste Einsatz abgesichert werden.**

Die im Rahmen des G20-Gipfels erfahrenen physischen und psychischen Belastungen hinterließen auch bei den Thüringer Kollegen Spuren, womit sie in einer weiteren Großveranstaltung umgehen müssen. Mit Unterstützung mehrerer Polizeieinheiten aus Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen galt es, das Erlebte abzuschütteln und erneut über Stunden in den Stiefeln zu stehen, um das Rechtsrock-Konzert und sämtliche

Gegenveranstaltungen abzusichern. Alle Einfallstraßen nach Themar wurden weiträumig gesperrt und kontrolliert. Die positive Bilanz der Thüringer Polizei war: „Die Versammlung sowie die Gegendemonstrationen verliefen größtenteils friedlich.“

Wie auch in Hamburg so waren auch wieder Betreuungsteams der GdP Thüringen seit den frühen Vormittagsstunden im Einsatzgebiet um Themar unterwegs, um die Kollegen vor Ort zu betreuen. Der weitgehend störungsfreie Verlauf des Versammlungsgeschehens ließ die eingesetzten Kollegen trotz erneuter stundenlanger Einsatzbelastung durchatmen und so waren bei dem einen oder anderen Kaffee und Give-away viele Gespräche der Gewerkschafter mit den Einsatzkräften möglich. Der Schwerpunkt der Gespräche lag hier natürlich wieder beim Einsatz zum G20-Gipfel! Erschreckend waren allein schon die Aussagen zum Arbeitspensum in Hamburg! Nicht nur die Thüringer Kollegen sprachen von über 100 Einsatzstunden, entsprechend kurzen Ruhezeiten sowie fehlendem Schlaf. Die Kollegen aus Nordrhein-Westfalen konnten sogar von 137 Einsatzstunden berichten. Sie waren natürlich „begeistert“, das

„kleinere“ Themar kennenlernen zu dürfen. Tatsächlich erfreut waren sie aber über die Unterbringung im Hotel mit bester Versorgung.

Die Erschöpfung der in Themar eingesetzten Kollegen war für das Betreuungsteam deutlich spürbar! Die seitens der GdP-Betreuung angebotenen Kleinigkeiten fanden reißenden Absatz und waren insbesondere an den weiträumig verteilten Kontrollstellen gern gesehen. Die Dankesworte der Einsatzbeamten fanden wiederum bei den GdP-Betreuungsteams den positiven Widerhall, weiterhin in ihrer Freizeit für die Einsatzkräfte da zu sein.

Erkennbare Mängel bleiben dabei nicht aus. So konnten die GdP-Vertreter mit viel Unmut feststellen, dass Kolleginnen und Kollegen zum wiederholten Male entgegen ihrer eigentlichen Dienstpostenbeschreibung in derartige Einsatzlagen eingebunden werden müssen. Eigentlich zum Studium an die Thüringer Fachhochschule abgeordnet, traf man die Studenten neben Fachlehrern des Bildungszentrums an der einen oder anderen Straßensperre an. Dies ist für die GdP ein erneuter Beweis für den bestehenden Personalbedarf in der Thüringer Polizei!



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

**Geschäftsstelle:**  
Auenstraße 38 a  
99089 Erfurt  
Telefon: (0361) 59895-0  
Telefax: (0361) 59895-11  
E-Mail: gdp-thueringen@gdp.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion:**  
Edgar Große (V.i.S.d.P.)  
Telefon: (01520) 8862464  
E-Mail: edgar.grosse@gdp.de

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39  
vom 1. Januar 2017

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87  
ISSN 0949-2828



GdP-Team war gern gesehen.

Foto: Müller



## FRAUENGRUPPE

# Im Kloster neue Ziele abgesteckt

**Erfurt (kd) – Der erweiterte Vorstand der Frauengruppe tagte am 28. August 2017 im Evangelischen Augustinerkloster in Erfurt. Die Frauen sind dort nicht nur auf den Spuren von Martin Luther gewandelt, der einige Jahre im Augustinerkloster weilte, sondern haben ihre Themen für die nächsten vier Jahre festgelegt. Dazu gehören das Einfordern eines Personalentwicklungskonzeptes für alle, Einstellungen von Tarifbeschäftigten nicht unter E 5, die Überarbeitung der Tätigkeitsdarstellungen für alle Tarifbeschäftigten mit dem Ziel besserer Eingruppierungen und die Abwendung der Gefahr von Altersarmut bei Teilzeit.**

## „Deutschland – ein feministisches Paradies?“

Sobald sich eine Frau für Kinder entscheidet, greifen die immer noch tief verwurzelten altmodischen Rollenbilder, wonach unbezahlte Familienarbeit auch heute noch „weiblich“ ist. Die Frauengruppe wird sich weiter konsequent für eine echte Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzen, da gesellschaftliche Werte und Rollenbilder veränderbar sind! Ziel ist es, die Familienlasten zwischen Männern und Frauen gerecht zu verteilen. Ein Arbeitsschwerpunkt ist die geschlechtergerechtere Aufteilung der Familienarbeit, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege durch flexibel gestaltbare Arbeitszeiten und das Führen in Teilzeit.

Der öffentliche Dienst muss sich neuen Arbeits- und Lebenszeitmodellen öffnen, um für Schulabgänger wieder interessanter zu werden. Der öffentliche Dienst muss sich der Konkurrenz mit der freien Wirtschaft bewusst werden. Ausgeschriebene Dienstposten müssen auch adäquat bezahlt werden.

Die Teilzeit hat auch heute noch ein ganz überwiegend weibliches Gesicht. Ähnlich wie bei der Elternzeit, in der Männer meist lediglich die zwei Partnermonate nehmen, sind es fast ausschließlich Frauen, die ihre Arbeitszeit für die Familie reduzieren. Das traditionelle Familienbild hat seine Gültigkeit auch im 21. Jahrhundert leider noch nicht verloren. Frauen fühlen sich immer noch für die Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen zuständig und werden von der gegenwärtigen Erwartungshaltung noch bestärkt. Zudem ist die fehlende oder schlechte Infrastruktur bei der Kinderbetreuung ein weiteres Problem. Die negativen Folgen in

puncto Karriere, Pension bzw. der Rente sind den wenigsten Kolleginnen bewusst. Sie fühlen sich abgesichert durch ihren Partner und übernehmen somit oftmals den Hauptpart der Familienpflichten.

Der Gesetzgeber garantiert für drei Lebensjahre des Kindes die gleichen Pensions- respektive Rentenansprüche, unabhängig von einer Teilzeittätigkeit bzw. einer Beurlaubung. Hier ist nur noch zu beachten, dass bei Kindern, die vor 1992 geboren sind, die Mutter sechs Monate als voll ruhegehaltstfähig angerechnet bekommt. Den Müttern von danach geborenen Kindern werden drei Jahre

als Zuschläge für die Kindererziehung gewährt, die sich an das Rentenrecht anlehnen und im Beamtenversorgungsgesetz geregelt sind. Was die meisten Kolleginnen bei der Beantragung der weiterführenden Teilzeit verdrängen, sind die Nachteile in der Altersabsicherung.

Die wenigsten können es sich in dieser Familienphase leisten, Rücklagen für die Altersabsicherung zu bilden. Zudem fühlen sie sich durch den Partner „versorgt“. Das könnte vielleicht sogar glücken, falls man(n) sich nicht trennt! Mit der Scheidung kommt das nächste Problem der Versorgungslücke, da bis zu sechs Jahre auf die Ausgleichszahlungen verzichtet werden muss. Die Eigenverantwortung sollte den Frauen bewusst sein. Familienaufgaben sind nicht nur weiblich. MAN(N) sollte sie teilen, damit aus einer „Familienzeitfalle“ keine echte Altersarmut entsteht.

Im Rahmen des Besuches im Augustinerkloster nahm der Vorstand an einer Führung teil, die nach Auffassung der Teilnehmerinnen wirklich nur weiterempfohlen werden kann.



Teilnehmerinnen vor dem Kloster

Foto: FG



# 1. Familien- und Sommerfest der GdP Thüringen

**Erfurt (db) – Organisiert von der JUNGEN GRUPPE der GdP Thüringen fand am 27. August 2017 in Erfurt in der Landesgeschäftsstelle der GdP das 1. Sommer- und Familienfest der GdP Thüringen statt.**

Als Gast und Besucher dieser Veranstaltung bleibt mir abschließend zu sagen, dass es ein außerordentlich gelungenes Fest für die ganze Familie war. Ich selbst als Mitglied des Landesvorstandes hatte mich mit

der Landesgeschäftsstelle und dem familiären Umgang unter den vielen anwesenden Kollegen.

Ob Technisches Hilfswerk (THW), Gulaschkanone mit Hotdog, Hüpfburg, Kinderschminken, Eisstand, musikalische Umrahmung oder das schnell noch eingerichtete Planschbecken, es war für jede Altersgruppe etwas vorhanden. Besonderen Wert wurde aber von allen freiwilligen Helfern auf die kleinen Besucher gelegt. Was gibt es für Ausrichter, Helfer und Eltern Schöneres als das Fun-

ter Graffiti-Künstler hat im August diese Wand im Auftrag der GdP gestaltet. Eine Fläche von rund drei mal zwanzig Meter wurde so sehr ansehnlich gestaltet. Ein besonderer Höhepunkt war das Signieren des so entstandenen Kunstwerkes durch den Künstler während des Sommerfestes. Auch hier konnte man wieder spüren, dass wir eine GdP-Familie sind. Im Mittelpunkt an diesem Tag stand jedoch die Familie und nicht der Stress und die doch manchmal negativ beeinflussten Dienstgespräche.



Frau und Kindern nach Erfurt aufgemacht, um auch meiner Familie zu zeigen, was wir als Gewerkschaft der Polizei Thüringen so alles auf die Beine stellen.

Ich darf an dieser Stelle sagen, meine ganze Familie war beeindruckt, nicht nur von dem Fest und den vielen Attraktionen, sondern auch von

keln der Kinderaugen beim Betreten eines Streifenwagens, dem Übergeben eines Luftballons oder den Erklärungen und Geschenken des Technischen Hilfswerkes.

Die Nordwestseite des Grundstücks der Geschäftsstelle ist mit einer ca. drei Meter hohen Mauer vom Nachbargrundstück abgetrennt. Ein Erfur-

Herzlichen Dank für einen solchen schönen Nachmittag an alle, die in irgendeiner Form Anteil an dieser Veranstaltung hatten. Besonderer Dank gilt der JUNGEN GRUPPE Thüringen. Kollegen, traut Euch und nutzt die Veranstaltungen der GdP.

**Daniel Braun,  
KG Nordthüringen**



JUNGE GRUPPE



# Die Linke muss sich entscheiden

Von Edgar Große, stellv. Landesvorsitzender der GdP Thüringen

Am 7. Juli 2017, nach der ersten Krawallnacht am Rande des G20-Gipfels in Hamburg äußert die Parteivorsitzende der Linken, Katja Kipping: „Die Polizeiführung lässt ihre Hundertschaften mit schweren Gerät durch die Straßen der Hansestadt marodieren und schikaniert Menschen, die es wagen, Bier zu trinken oder im Zelt zu schlafen. Die Eskalation geht eindeutig von den Behörden aus.“

Eine solche Äußerung treibt mir die Zornesröte ins Gesicht und das auch noch Wochen nach den Ereignissen in Hamburg. Frau Kipping hat ihre Wortwahl zwar bereits nach einer Woche medienwirksam bedauert, ob sie tatsächlich aber auch meint, was sie sagt, das wird sich wohl erst in Zukunft erweisen.

Die Wortwahl, welche die Politikerin ja in einem vorbereiteten Statement getroffen hat, zeigt, dass es ihr an Vertrauen in die deutsche Polizei völlig fehlt und sie offensichtlich in alten Feindbildern verhaftet ist, nach denen die Linke immer gut und der Staat immer böse ist. Und so jemand denkt doch im Vorfeld der Bundestagswahlen 2017 ernsthaft darüber nach, eventuell in eine Regierungskoalition mit SPD und Grünen auf Bundesebene eintreten zu wollen, wenn damit ein tatsächlicher Politikwechsel verbunden sei.

Wie würde denn ein solcher Politikwechsel für die Polizei aussehen? Man muss sich da nicht mal im Kaffeesatzlesen üben, man braucht da nur nach Thüringen schauen, wo eine r2g-Regierung schon seit etwas mehr als zweieinhalb Jahren arbeitet. Trotz einiger Verbesserungen bei der Ausstattung der Thüringer Polizei und einer Einstellungszusage für dieses Jahr, welche zumindest geeignet erscheint, die Polizei nicht noch weiter schrumpfen zu lassen, weiß die Thüringer Landesregierung offensichtlich immer noch nicht, wohin sie mit der Thüringer Polizei will. Der Stellenabbau ist nach wie vor nur ausgesetzt. Der Personalabbau kann frühestens 2019 gestoppt werden, wenn die ersten Beamten, die 2017 eingestellt werden sollen, ihre Ausbildung beenden.

Das Thema Regelbeförderung, als Synonym für bessere Aufstiegschan-

cen der Thüringer Polizeibeamtinnen und -beamten, steht im Koalitionsvertrag, aber niemand scheint sich bisher Gedanken darüber zu machen. Thüringen hat immer noch den höchsten Anteil von Polizeibeamten des mittleren Dienstes und damit den geringsten Anteil von Polizeibeamten des gehobenen und höheren Dienstes bundesweit und auch innerhalb der Laufbahnen des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes die geringste Anzahl an Beförderungsstellen. Zweieinhalb Jahre Regierungsverantwortung haben nicht ausgereicht, um wenigstens mal einen Plan zu machen, wie man daran etwas ändern will. Die Koalition scheint mit dem Thema Gebietsreform völlig ausgelastet, wenn nicht sogar überlastet zu sein.

Das sind bisher nur Probleme aus dem Innenverhältnis der Polizei. Die Polizei sollte sich aber eigentlich nicht nur mit sich selbst beschäftigen, sondern Kriminalität bekämpfen und aufklären und die innere Sicherheit gewährleisten. Mit Ausnahme der o. g. Verbesserungen scheint die Regierungskoalition in Thüringen aber von der Entwicklung der Kriminalitäts- und Sicherheitslage in Deutschland noch nichts mitbekommen zu haben. Die Polizeiliche Kriminalstatistik soll an dieser Stelle nicht näher kommentiert werden. Der Innenminister hat bei der Vorstellung der PKS für das Jahr 2016 ein positives Fazit gezogen, die Zahlen bestätigen dieses Fazit nur bedingt. Es gibt auch keine Sicherheit dafür, dass Terroristen künftig um Thüringen einen Bogen machen. Offensichtlich wird das Risiko von politischen Entscheidungsträgern in Thüringen als gering, wenn nicht gar als vernachlässigbar eingeschätzt. Bleibt zu hoffen, dass sie recht behalten.

Soweit der Blick auf Thüringen. Die Linke hält sich also offensichtlich selbst nach mehr als 25 Jahren Opposition wieder für regierungsfähig. Gleichzeitig ist das Verhältnis zum Staat und seinen einzelnen Behörden alles andere als normal. Die Linke muss sich also entscheiden. Will sie weiter Opposition sein, kann sie auch weiter gegen alles sein. Dann läuft sie aber auch Gefahr, nicht ernst genommen zu werden. Will sie Regierungs-

partei werden, dann reicht es nicht, nur einen Ministerpräsidenten zu haben und ansonsten Fundamentalopposition zu betreiben. Dann muss man auch den deutschen Staat und seine Einrichtungen anerkennen. Und das beginnt in den Köpfen der Parteimitglieder und ihrer führenden Politiker.

Ein Marodeur ist jemand, der am Rande von Kampfhandlungen brandschatzt, plündert, erpresst, raubt, stiehlt, vergewaltigt und mordet. Ist das das Bild, welches Katja Kipping von deutschen Polizeibeamten hat? Es ist nicht auszuschließen, dass ein Polizeibeamter bei Gefahr für Leib und Leben und bei brutalen und hinterhältigen Angriffen auf sich und seine Kollegen überreagiert, das aber bestimmt nicht in der Art und Weise, mit der die Linken-Politikerin das Handeln der Polizei im Einsatz beim G20-Gipfel beschrieben hat. Dass sich ihr offensichtlich aber ein solches Bild aufdrängt, zeigt entweder erschreckende Unwissenheit oder abgrundtiefe Abneigung gegen Polizeibeamte. Beides wäre kein Zeichen für Regierungsfähigkeit.

Leider ist nicht klar, ob nur Frau Kipping ein solches Bild im Kopf hat oder ob sie synonym für ihre Partei steht. Sie darf ihre Thüringer Kollegen gerne fragen, worin der Unterschied zwischen Opposition und Regierung besteht. Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung hat mancher Linken-Politiker in Thüringen einen erstaunlichen Wandel vollzogen. Regierungspartei sein heißt nämlich in erster Linie Verantwortung zu übernehmen. Die Verantwortung erstreckt sich dabei auf das Wohl des ganzen Volkes, zu dem auch die Staatsdiener gehören. Der Begriff Staatsdiener ist dabei im positivstmöglichen Sinne gemeint, es geht dabei um Menschen, die bewusst und freiwillig dem Staat und seinen Bürgern dienen. Die Linke wird also auch auf Bundesebene erst noch beweisen müssen, dass sie nicht nur mit Worten, sondern durch ihr Handeln sich als geeignet zeigt, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Katja Kipping hat jedenfalls erstmal ein zartes Pflänzchen namens Vertrauen in den Dreck getreten.



PERSONEN

# Unsere Marieta ist in Rente

**Suhl (eg) – Mit Wirkung vom 1. September 2017 ist die langjährige Vorsitzende des örtlichen Personalrates der Polizeidirektion/Landespolizeiinspektion und der Kreisgruppe der GdP Suhl, Marieta Lindner, in den Ruhestand getreten.**

Verabschiedet wurde sie am 30. August 2017 vom Leiter der Landespolizeiinspektion, Polizeidirektor Wolfgang Nicolai. Anwesend waren neben vielen Kolleginnen und Kollegen auch der Vorsitzende der GdP Thüringen, Kai Christ, und der Vorsitzende des Hauptpersonalrates der Thüringer Polizei, Uwe Roder. Marieta Lindner hat sich unmittelbar nach der politischen Wende in der DDR aktiv gewerkschaftlich engagiert und so war auch ihre mehr als 25-jährige Tätigkeit in den Personalvertretungen zu erklären. Neben dem örtlichen Personalrat war sie fast durchgängig auch in den Stufenvertretungen tätig. Kurzzeitig hatte sie sogar dem Hauptpersonalrat der Thüringer Polizei vorgestanden. Seit mehreren Legislaturperioden ist Marieta auch stellvertretende Landesvorsitzende der GdP Thüringen für den Tarifbereich.

Wolfgang Nicolai, Kai Christ und Uwe Roder lobten das Engagement und den Sachverstand, mit dem Marieta

Lindner auf örtlicher und Landesebene agiert hat. Sie habe dadurch viele Entscheidungen mit vorbereitet und ihnen ihren persönlichen Stempel aufgedrückt. Alle Redner dankten der zukünftigen Rentnerin ausdrücklich für ihre langjährige erfolgreiche Arbeit.

Die Nachfolge im örtlichen Personalrat hat inzwischen Lutz Bernsdorf angetreten. Eine/-n Nachfolger/-in für die stellvertretende Landesvorsitzende wird auf dem Landesdelegiertentag der GdP im März 2018 gewählt. Solange ist Marieta also zumindest erstmal nur im Unruhestand.



Polizeidirektor Wolfgang Nicolai überreicht Marieta Lindner die Urkunde und ein Abschiedsgeschenk. Foto: LPI Suhl

ELTERNRECHT

# Keine Benachteiligung bei Beförderungen

**Luxemburg – Wegen Mutterschutz oder Elternzeit dürfen Beamtinnen und Beamte bei Beförderungen nicht benachteiligt werden, das hat der Europäische Gerichtshof festgestellt. Eine für sie vorgesehene höhere oder gleichwertige Stelle muss auch bei der Rückkehr nach längerer Abwesenheit noch verfügbar sein.**

Der vorliegende Fall (Rechtssache C-174/16) geht auf die Klage einer Berliner Beamtin vor dem Verwaltungsgericht zurück. Sie sollte in der

Senatsverwaltung Berlin eigentlich eine Führungsposition antreten und dafür eine zweijährige Probezeit absolvieren. Wegen Schwangerschaft und anschließendem Elternurlaub verstrich die Zeit jedoch, ohne dass sie die Stelle je angetreten hatte. Nach ihrer Rückkehr musste sie daher auf ihrer alten Position weiterarbeiten. Die Führungsposition wurde anderweitig vergeben.

Die Richter des EuGH wiesen nun das Berliner Verwaltungsgericht an, sicherzustellen, dass der betroffenen Beamtin direkt eine angemessene

Stelle zugewiesen wird. Das Berliner Verwaltungsgericht hatte den EuGH angerufen, weil es Hinweise für die Auslegung der Rahmenvereinbarung der EU über den Elternurlaub haben wollte. Die Luxemburger Richter stellten fest, dass das Erworbenene Recht oder eine Anwartschaft auf eine Beförderung auch dann bestehen bleibt, wenn eine längere Ausfallzeit wegen Mutterschutz und Elternzeit eine sofortige Wahrnehmung der Stelle verhindert. Entsprechende Landesregelungen sind nichtig.





## Förderverein und Sozialwerk in ...

### ... Sachsen und Thüringen

Das Polizeisozialwerk Sachsen-Thüringen ist ein Unternehmen der GdP Sachsen und der GdP Thüringen. Beide GdP-Landesbezirke halten exakt die Hälfte des Stammkapitals dieser GmbH. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat sind paritätisch besetzt. Der Sitz des Unternehmens ist in Kesselsdorf, am Sitz der GdP Sachsen.

Genau das ist das Polizeisozialwerk Sachsen-Thüringen, eine GmbH mit allen Freiheiten und Zwängen, denen eine GmbH unterworfen ist. Dass sich zwei GdP-Landesbezirke dazu entschlossen haben, die Risiken, die mit dem „Besitzen“ einer GmbH immer einhergehen, zu teilen, ist schon etwas Besonderes. Dass sich mit dem Landesbezirk Sachsen-Anhalt schon sehr früh ein weiterer Landesbezirk für die Inhalte der Arbeit des PSW Sachsen-Thüringen interessiert hat, es eine enge Kooperation mit dem PSW gibt und somit die GdP-Mitglieder im gesamten „MDR“-Raum an den Möglichkeiten, die unser PSW Sachsen-Thüringen anzubieten hat, partizipieren können, war der erste Schritt.

Ein erster Schritt, wohin denn? Das ist die Frage, die zwischen Geschäftsführung und Gesellschaftern immer diskutiert wird. Vor überbordender Größe warnen die Sachsen, bei größeren Investitionen sind die Thüringer etwas verhalten. Es ist eine gute Mischung innerhalb der Entscheidungsträger, die eher einer konservativen Geldanlage gleicht. Trotzdem ist Stillstand Rückschritt und der Anfang vom Ende.

Deshalb musste auch das PSW Sachsen-Thüringen einen weiteren Schritt tun. Das ist geschehen und was für einer. Mit einem Rahmenvertrag zwischen dem PSW und der Autofirma Renault hat das PSW Sach-

sen-Thüringen den Schritt in das Bundesgebiet gewagt und ist in einer Vielzahl von Landesbezirken angekommen. Mit den dort ansässigen Wirtschaftsunternehmen der GdP wurde das „Miteinander“ besprochen und die Zusammenarbeit läuft hervorragend.

Der nächste Schritt, den wir gemeinsamen mit allen GmbHs der GdP Bund und den -Landesbezirken gehen wollen, ist auch kein kleiner. Wir wollen auf der Bundesseite der GdP einen gemeinsamen Internetauftritt installieren, auf dem länderübergreifende Angebote der verschiedenen GmbHs von allen Mitgliedern der GdP gesehen und, viel wichtiger, genutzt werden können. Es ist jetzt Zeit, die Kräfte der verschiedenen GmbHs zu bündeln, für unsere Mitglieder!

Eine kleine, aber feine Truppe von Beschäftigten im PSW Sachsen-Thüringen sucht unermüdlich nach coolen Angeboten, die geeignet sind, unseren Mitgliedern ab und an ein zufriedenes Lächeln auf die Gesichter zeichnen. Von A wie Autokauf über S wie Stromangebot bis Z wie Zwischenstopp auf dem Weg nach Dudding gibt es eine Vielzahl von Angeboten zu entdecken. Zugegeben, das Alphabet haben wir noch nicht gänzlich mit Angeboten bestückt, aber wir arbeiten daran. Und so definieren wir und zwar wir alle, Gesellschafter, Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Beschäftigte, das Ziel dieser GmbH: „Möglichkeiten finden, unseren Mitgliedern etwas zurückzugeben.“ Da das ein echter Knochenjob ist, möchte ich hier auch mal Danke für den unermüdlichen Einsatz der vergangenen Jahre sagen. Danke an das gesamte Team des PSW Sachsen-Thüringen.

**Kai Christ, Geschäftsführer**

### ... Sachsen-Anhalt

Der Förderverein der GdP Sachsen-Anhalt e. V. (FöV) wurde am 5. Februar 2002 mit dem Ziel gegründet, die Gewerkschaft der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt bei der Durchsetzung ihrer Ziele und satzungsgemäßen Aufgaben zu unterstützen.

Deshalb vertritt der FöV die beruflichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Beschäftigten im Polizeibereich und organisiert Schulungen und Informationsveranstaltungen im Besonderen auf den Gebieten des Arbeits- und Beamtenrechts, Renten- und Versorgungsrecht und der politischen Bildung.

Der FöV organisiert kulturelle Veranstaltungen, auch im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit, und unterstützt bei sozialen Notsituationen, um Härten zu mindern oder zu vermeiden. Bei vielen Veranstaltungen unterstützt der FöV die Arbeit der GdP, z. B. bei den Tagen der offenen Tür. Außerdem unterstützt der FöV die Präventionsarbeit der Polizei. Gemeinsam mit dem VDP-Verlag verlegen und vertreiben wir Präventionsbroschüren zur Aufklärungsarbeit, die von den Präventionsverantwortlichen der Polizei genutzt werden.

Durch die Zusammenarbeit mit dem Polizeisozialwerk in Sachsen-Thüringen (PSW) erhält das Mitglied eine PSW-Karte, mit der kostengünstiger bei unseren Partnern Leistungen oder Produkte erworben werden können.

Neben den bereits genannten Partnern arbeiten wir außerdem mit der Signal-Iduna-Versicherung, mit dem Automobilclub der Gewerkschaften, der BB Bank, der Genossenschaftsbank mit dem gebührenfreien Gehaltskonto zusammen.

Über den Förderverein bieten wir auch selbst Produkte, z. B. den Polizeihasen „Löffelohr“ und unterschiedliche Kalenderformen an. Wir bieten gute Konditionen beim Kauf von Wellnesskarten für die Bodetal-Therme, Happy Dinner Cards u. v. m. Informieren lohnt sich.

**Vera Ruppricht**

